Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk.-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höhern Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 50. Donnerstag den 19. Februar 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der diesjährige **I. Viehe- und Krammarkt im Stadtbezirke Leipzig-Lindenau** findet am 24. und 25. Februar statt.

Etwaige Gesuche und Anfragen sind an unseren Marktinspector Ansich, Reichsmarkt 1, III. Stockwerk zu richten.

Im Uebrigen bewendet es bei der durch unsere Bekanntmachung vom 27. December 1890 anderweit zur Kenntniß gebrachten Bestimmung in §. 2 der hiesigen Vieh- und Schlachthofordnung vom 14. Juni 1888, nach welcher alles Schlachtvieh von diesem Markte ausgeschlossen bleibt.

Leipzig, am 14. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leistner.

Nutzholz-Auction.

Freitag, den 20. Februar d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstreviere Gautzsch** auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 6f und 6a im sogen. **Spitzsch**

a. 50 Eichen-**Klötze** von 27—100 cm Mittenst. u. 2,5— 9 m L.,
. 80 Weißbuchen- . . 21— 46 . . . 3 — 7 . .
. 3 Ahorn- . . 36— 44 . . . 4 — 6,5 . .
. 15 Eichen- . . 21— 35 . . . 3 — 6 . .
. 77 Rüster- . . 25— 62 . . . 3 —13 . .
. 93 Eller- . . 23— 42 . . . 5 —11,5 . .
. 2 Linden- . . 28— 37 . . . 5 — 8,5 . .

und 18 **Eichen-Schirrhölzer**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Ausklang an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der hohen Brücke bei Gautzsch.

Leipzig, am 11. Februar 1891.

Des Raths Forstdeputation.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1891 folgende, zum Theil vermuthlich auch von Diebstählen herrührende Gegenstände:

ein **Eisenbein-Opernglas**, eine **silberne Ankeruhr** mit Kette, 4 verschiedene **goldene Ringe**, 4 verschiedene Armbänder, eine kleine goldene Cravattennadel, 2 Brillen, ein Fächer, eine Schießmedaille, eine Denkmünze, 2 Beträge von **20 Mark** (einer davon an Stelle eines Einmarkstücks in Zahlung gegeben), ein Betrag von **10 Mark, Portemonnaies und Beutel mit 12 ℳ 98 ₰, 8 ℳ 14 ₰, 7 ℳ 64 ₰, 4 ℳ 14 ₰ und 3 ℳ 84 ₰** sowie mit geringeren Beträgen, ein Leihhausschein, ein Batterieloos, 2 Stücke Ripsband, ein Paar weiße Handschuhe, ein Pelzkragen, ein Spitzenshawl, 2 schwarze Kopf- resp. Taillentücher, ein schwarzlederner **Handkoffer**, enthaltend eine **seidene Taille** rc., zwei Schirme, ein Spazierstock, ein Winterüberzieher, ein Stöckchen mit einem Schraubstock und Pfeife, ein Schraubenschlüssel mit Holzgriff, eine neue patentirte **Petroleum-Kochmaschine**, eine Nebrweiche, eine große **Wagen-Plane**, eine eiserne Wagen-Stemmleiste, eine circa 5 m lange Flacheisen-Schiene, ein 2rädriger **Handwagen** und **5 Stück Weinflaschen**.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im vierten Quartale 1889 und im Januar 1890 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, deren Eigenthümer nicht zu ermitteln gewesen sind, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 16. Februar 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mr.

Holz-Auction
auf Zwenkauer Staatsforstrevier.

Montag, den 2. März dieses Jahres,
von Vormittags **10** Uhr an
sollen folgende in der **Hardth** auf dem Schlage in Abtheilung 14ab aufbereitete **Nutzhölzer**, als:

372	Stück	fichtene	Stämme	von 15—22 cm	Stärke,
135	"	"	"	" 23—29	" "
7	"	"	"	" 30—36	" "
349	"	"	**Klötzer**	" 16—22	" "
307	"	"	"	" 23—29	" "
7	"	"	"	" 30—36	" "
7	"	fichtene	"	" 13—15	" "
16	"	"	"	" 16—22	" "
9	"	"	"	" 23—29	" "
21	"	birkene	"	" 13—15	" "
40	"	"	"	" 16—22	" "
19	"	"	"	" 23—29	" "
4	"	"	"	" 30—36	" "
1	birkener	Klotz		" 37	" "
10	Stück	eichene	Klötzer	" 13—15	" "
8	"	"	"	" 16—22	" "
6	"	"	"	" 23—29	" "
5	"	"	"	" 30—36	" "
3	"	"	"	" 37—43	" "
3	"	"	"	" 44—50	" "
2	"	"	"	" 51—60	" "
6	"	"	"	" 61—70	" "
4	"	"	"	" 71—80	" "
3	"	"	"	" 81—90	" "
1	eichener	Klotz		" 91	" "
10	Stück	birk.	Derbstangen	" 14	" "
7	"	ficht.	Stangklötzer	" 11—12	" "

sowie

Dienstag, den 3. März dieses Jahres,
ebendaselbst von Vormittags **10** Uhr an,
folgende ebendaselbst aufbereitete **Brennhölzer**, als:

37 rm harte Brennscheite,
151 " weiche "
17 " harte Brennknüppel,
210 " weiche "
16 " harte Zacken,
75 " hartes Abraumreisig,
302 " weiches "
54 Lgtl. lind. Brennreisig I. Cl.,
12 " " " II. "
60 rm harte Stöcke

meistbietend gegen **sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.**

Zusammenkunft an beiden Tagen auf dem Schlage in Abtheilung 14ab am A-Flügel.

Fuhrstelle im Gasthof „Zum bayerischen Hof" in Borsdorf.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 16. Februar 1891.
Lomler. Geißler.

Bekanntmachung.

Bei dem unterzeichneten Proviant-Amt soll auf die Zeit vom 1. April 1891 bis 31. März 1892 der Bedarf an **Salz** — Dürrenberger Speisesalz — sowie an **Fuhren** im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden und wird hierzu

am **24. Februar** c. Vorm. 10 Uhr Termin für die **Salzlieferung,**
" **25.** " c. " 11 " " " **Fuhrengestellung**

anberaumt. Die alles Weitere enthaltenden Bedingungen liegen im Geschäftszimmer der unterzeichneten Stelle — Schloß Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stockwerk — zur Einsichtnahme auf.

Leipzig, am 14. Februar 1891. **Königliches Proviant-Amt.**

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen**, welche kommende Ostern in die Früh- oder Nachmittag-curse der **Lehrlingsabtheilung** eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit **vom 2. bis mit 5. März, vormittags von 11 bis 12½ Uhr**, wenigstens unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale. Das letzte Schulzeugniß oder die Censurliste des Schülers ist bei dieser Gelegenheit vorzulegen.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegengenommen, an welchem sich **Handlungslehrlinge** betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses für die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich. Schulgeld 90 ℳ.

Leipzig, im Februar 1891.

Carl Wolfrum, Director.

Leipzig, 19. Februar.

* Das neue wie alljährlich in den ersten Monaten des Jahres ausgegebene Verzeichniß der Mitglieder des **Bundesrathes** zeigt so vielfache Veränderungen, wie sie seit Errichtung dieser Körperschaft noch nicht vorgekommen sind. Der Personalwechsel darin bezieht sich nicht allein auf Preußen, unter dessen Bevollmächtigten die zahlreichsten Veränderungen vorgingen, sondern auch auf eine Anzahl von anderen Bundesstaaten. — Von den 17 **preußischen** Mitgliedern erscheinen neu: Reichskanzler General der Infanterie v. Caprivi, Handelsminister Freiherr v. Berlepsch, Finanzminister Dr. Miquel, Kriegsminister General-Lieutenant v. Kaltenborn-Stachau, Staatssecretair Freiherr Marschall v. Bieberstein, Staatssecretair Freiherr von Biberstein, Staatssecretair Dr. Bosse. Ausgeschieden sind: Fürst von Bismarck, Freiherr v. Lucius, v. Scholz, General Verdy du Vernois, Graf Herbert v. Bismarck und v. Oehlschläger. Nicht geringer ist der Wechsel unter den Stellvertretern, deren Zahl sich von 16 auf 20 vermehrt hat. — Die bisherigen fünf **Bevollmächtigten Bayerns** sind auf sechs gestiegen; es sind neu hinzugekommen: Minister des Innern Freiherr v. Feilitzsch und Justizminister Frhr. v. Leonrod; ausgeschieden ist Minister-Präsident Frhr. v. Luh; ferner ist Oberst v. Haag an Stelle des General-Lieutenants v. Xylander getreten. **Württemberg** hat in dem Staatsrath v. Moser einen neuen Bevollmächtigten und zugleich Gesandten ernannt für den ausgeschiedenen General Graf v. Zeppelin. Bei **Baden** ist der Gesandte v. Brauer zum Stellvertreter ernannt für den in den Reichsdienst eingetretenen Frhrn. von Marschall, **Sachsen-Weimar** wird durch den Staatsminister Freiherrn v. Groß vertreten, vorher durch Staatsminister Dr. Stichling, **Sachsen-Meiningen** durch Staatsminister Dr. Heim für Frhrn. v. Gisefe. Die Hansestadt **Bremen** hat den Bürgermeister Dr. Pauli zum Bevollmächtigten ernannt, an Stelle des Senators Dr. Gildemeister.

* Die **Emancipationsbestrebungen der Frauen**, wie sie in den Petitionen an die Parlamente zum Ausdruck kommen, nehmen einen immer weiteren Umfang an. Nachdem vor einiger Zeit der **Reichstag** um die Zulassung der Frauen zum Studium der Medicin und das preußische Abgeordnetenhaus um eine solche zum pharmaceutischen Studium ersucht worden waren, liegt jetzt dem letzteren eine Eingabe vor, in welcher die Errichtung eines Mädchengymnasiums oder die Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung des an den bestehenden Gymnasien eingeführten Maturitätsexamens in Antrag gebracht wird.

* Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Budgetcommission über die Ergebnisse ihrer Berathung des **Militäretats für 1891/92** sind an dem letzteren, soweit das Ordinarium in Betracht kommt, 7 931 703 ℳ gestrichen worden. Die Hauptposten mit 3 879 500 ℳ und 1 305 887 ℳ entfallen auf die Unterofficierprämien bezw. die Geldvergütung zur Beschaffung von Dienstpferden. Es sind jedoch infolge des die letztere Streichung herbeiführenden Beschlusses 292 809 ℳ bei der Naturalverpflegung und dem Garnisonverwaltungs- und Servicswesen zugesetzt worden, so daß sich die effective Streichung im Ordinarium auf 7 638 894 ℳ beläuft. Im Extraordinarium sind 1 419 000 ℳ gestrichen worden.

* Aus **Gera** wird uns unterm 17. Februar geschrieben: In der heutigen Sitzung des Landtages wurden die bisherigen Präsidenten Fürbringer und Dr. Jäger auf Vorschlag des Abgeordneten Lauterschläger wiedergewählt. Von den zahlreichen Eingängen seien nur die wichtigsten hervorgehoben: 1) Abänderung des Gesetzes über die Wahlen zum Landtage und zu den Bezirksausschüssen. 2) Bewilligung von 7000 ℳ für bauliche Aenderungen an und vor dem nördlichen Giebel des Regierungsgebäudes. 3) Vorlage über einen einmaligen Beitrag von 2000 ℳ zur Herstellung eines festen Fußsteigs über die Elster neben der Zwötzener Eisenbahnbrücke und den zur Unterhaltung desselben erforderlichen Kosten. 4) Zuschuß von 5000 ℳ zu den Kosten des Baues eines neuen Schulhauses in Debschwitz. 5) Uebernahme der Kosten für die vom Fürsten zu vertheilenden Ehrendecorationen auf die Staatscasse. 6) Vorlagen über ein neues Justizgebäude. Der Neubau ist nothwendig und kann nicht länger hinausgeschoben werden. Die Bausumme von 800 000 ℳ erscheint nicht zu hoch, wenn dafür das Gebäude fix und fertig hergestellt wird. Ueberdies sind Läden in der Schloßstraße vorgesehen, die sicher eine ansehnliche Miethssumme einbringen und folglich einen nicht unbeträchtlichen Theil der Zinsen der Bausumme decken werden. Der Aufwand für den Bau ist, soweit es möglich ist, aus den Beständen der Hauptstaatscasse zu entnehmen, eventuell aber durch eine Anleihe zu decken. Die Zeichnungen und Voranschläge sind von dem Architekten Arwed Roßbach in Leipzig gefertigt.

* Wie die „Augsburger Abendzeitung" vernimmt, betragen die Ueberschüsse in der XIX. **bayerischen Finanzperiode** (für die beiden Jahre 1888 und 1889) etwa 43 Millionen Mark. Die Ueberschüsse der XVIII. Finanzperiode betrugen 23 Millionen Mark.

* Aus der langjährigen Verbindung Elsaß-Lothringens mit Frankreich und dem von letzterem geführten Vernichtungskriege gegen die deutsche Sprache erklärt es sich, daß das von der **reichsländischen** Bevölkerung gesprochene **Deutsch** mehr als in irgend einem anderen Lande des Deutschen Reiches mit Fremdwörtern durchsetzt ist. Seitens der reichsländischen Schulbehörde ist nun in der richtigen Erkenntniß, daß mit der Hebung der deutschen Sprache das gesammte Deutschthum im Reichslande gefördert werde, in diesen Tagen an alle Schulvorstände die Anweisung erlassen worden, in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen des allgemeinen deutschen Sprachvereins die deutsche Sprache zum Mittelpunct des ganzen Unterrichts zu machen. Die Jugend soll dabei durch Lehre und Beispiel angeleitet werden, entbehrliche Fremdwörter zu vermeiden und den Reichthum der Muttersprache zu erkennen. Durch die Forderung, gut deutsch zu reden, soll sie genöthigt werden, gut deutsch zu denken. Dadurch soll die Bekämpfung der Fremdwörter sich zu einem bedeutsamen Förderungsmittel geistiger Bildung und nationaler Erziehung erheben. Der gesammte deutsche Unterricht hat als Hauptzweck im Auge zu behalten, „in den Schülern lebendiges, sicheres Sprachgefühl zu entwickeln, das Sprachgewissen zu schärfen und durch die Erkenntniß, daß die Muttersprache eines der köstlichsten Güter unseres Volkes ist, die Begeisterung für deutsches Volksthum und Vaterland zu wecken und zu stärken."

* * *

* **Aus Wien**, 15. Februar, wird der „Münchner Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Unverkennbar rücken die verschiedenen Fractionen der bisherigen **deutschen Opposition** einander immer näher. Mit Ausnahme der antisemitischen Wilden und Clericalen finden sich Liberale, Nationale und Demokraten in den leitenden Gesichtspuncten zusammen: eine Erscheinung, welche für die Gestung des deutschen Elements im Reichsrathe von großer Wichtigkeit ist. In den gegen Slaven und Antisemiten strittigen Wahlbezirken arbeiten sich die einzelnen deutschen Gruppen zumeist in die Hände; die ursprüngliche Absicht Steinwender's, seine Anhänger mit den Antisemiten zu verschmelzen und gegen Plener in den Kampf zu führen, ist an der gesunden Einsicht der Mehrheit seiner Fraction, der deutsch-nationalen Vereinigung, gescheitert. Es liegt in der Natur fast jeder politischen Partei, daß sie durch länger andauernde Mißerfolge gespalten wird; die gegenseitigen Vorwürfe der Führer und Fractionen, sie seien Schuld an den Niederlagen, demoralisiren die Reihen. Ungefehlt folgt das Anlehen der Führer, wenn der Stern der Partei im Aufsteigen begriffen ist. Deshalb war die Autorität Plener's auch in den von der deutsch-liberalen Gruppe losgelösten Parteispittern niemals so groß, wie eben jetzt. Dagegen ist die Zersetzung der czechischen und der antisemitischen Partei im Wachsen. Es ist nicht mehr möglich, sich in den Fractionen der letzteren zurecht zu finden. Lueger, der mit dem Prinzen Liechtenstein verbündet ist, wird von Vattai, der eine „vornehmere Kampfesweise" des Antisemitismus verlangt und den sterilen Einfluß bekämpft, heftig befehdet; Bergauf wieder steht gegen Beide zu Felde und versucht Anknüpfung mit der Steinwender'schen Richtung. Unter diesen Umständen ist es nicht unmöglich, daß bis zu den Landtagswahlen von 1890 an die Antisemiten verlorenen zahlreichen niederösterreichischen Wahlbezirke jetzt von der liberalen Partei zum Theile wenigstens zurückgewonnen werden, doch wird der Besitzstand, den die Liberalen bei der letzten Reichsrathswahl von 1885 ihr Eigen nannten, nicht voll behauptet werden können. Ueberhaupt ist anzunehmen, daß die Vereinigte Linke, die unter Führung Plener's steht, nicht wesentlich schwächer in den Reichsrath zurückkehren wird. Unter die Ziffer von 100 Mitgliedern wird sie trotz der Gegnerschaft der Antisemiten und des Emporkommens der deutsch-nationalen Vereinigung wohl nicht hinabsinken. Indessen kann man, wenn gewisse Mitglieder der letzteren gewählt werden, kaum von einem Verlust der Deutschliberalen sprechen. Die Fractionsanschauungen fließen zu vielfach ineinander; der Wahlaufruf, den Plener entwarf und in seiner Partei zur einmüthigen Annahme brachte, hat viel zur Abschwächung der Gegensätze beigetragen.

* Bei der Berathung der Vorlage über Consulargerichtsbarkeit im **ungarischen Abgeordnetenhause** brachte Graf Appony den Antrag ein, die Vorlage abzulehnen und eine neue einzubringen, nach welcher an der Seite der Consuln durch den Kaiser, mittelst Contrasignirung des ungarischen Justizministers, ungarische Richter ernannt werden, wo dieses aber nicht anginge, solle dem Consul selbst ungarische Gerichtsbarkeit ertheilt werden. Der Justizminister Szilagyi hob hervor, daß die Anerkennung der Selbstständigkeit des ungarischen Staates und der Souverainetät des ungarischen Justizwesens seitens der österreichischen Regierung in vollem Maße erfolgt sei. Es sei überflüssig, in dem Vertrage die Anerkennung der Souverainetät der ungarischen Justiz zu fordern.

* Der **bulgarischen** Zeitung „Svoboda" zufolge ist die Demission des Kriegsministers Mutkuroff angenommen und der Commandant der Schumlaer Brigade Stawow zum Kriegsminister ernannt worden.

* Die „Politische Correspondenz" veröffentlicht, wie wir wiederholen, ein Resumé der **bulgarischen Antwort** auf das **russische Memorandum** betreffs der in Bulgarien lebenden Nihilisten. Die Antwort betont, daß die Anklagen jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. Die bulgarische Regierung werde jederzeit in internationaler Beziehung die correcteste Haltung beobachten und sei bestrebt, mit aller Welt in Frieden zu leben. Die Note macht einzelne Angaben über die in dem Memorandum bezeichneten Individuen und weist die Unbegründetheit der russischen Behauptungen nach. Nichts desto weniger habe die bulgarische Regierung zwei der bezeichneten Personen zum Verlassen Bulgariens aufgefordert. Zum Schluß wird in der Antwort mit Bedauern constatirt, daß sowohl bulgarische wie auch russische in Bulgarien verurtheilte Revolutionaire in Rußland mit Gunstbezeugungen überhäuft würden.

* Eine größere Zahl bewaffneter **Malissoren**, welche über die Grenze in der Richtung auf Dulcigno in **Montenegro einfielen**, kamen in Kampf mit bewaffneten Montenegrinern, wobei zwei Montenegriner schwer verwundet, von den Malissoren einer getödtet und einer verwundet wurden. Die Regierung wird von der Pforte Genugthuung verlangen.

* In der **serbischen Skupschtina** wurde von Garaschanin eine Interpellation darüber eingebracht, ob das zwischen der Regentschaft und dem Könige Milan unterzeichnete Protokoll vom Jahre 1889 mit der Verfassung im Einklang stehe; ferner, ob noch andere derartige Verträge mit Milan abgeschlossen seien; endlich, ob die Regierung diese Verträge als rechtsverbindlich für sich und das Land betrachte und ob sie zur Ausführung derselben die Staatsgewalt in Anspruch zu nehmen beabsichtige.

* Ueber eine Unterredung des **Königs der Belgier mit drei Socialisten** wird der „Kölnischen Zeitung" aus Brüssel geschrieben:

Am vorigen Sonntag hat der König drei Socialisten eine Unterredung gewährt. „Peuple", das Blatt der Socialisten, berichtet darüber u. A. Folgendes: Die drei Socialisten hatten sich von den Arbeitermitgliedern der Gewerbe- und Arbeitskammern den Auftrag ertheilen lassen, dem Könige den Wunsch der Arbeiter auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts darzulegen. Es sollte alsdann dem Könige eine Bittschrift überreicht werden. Nachdem die Audienz erbeten, wurden die drei zuerst vom Obersten Baton Lahure empfangen, der ihnen im Auftrage des Königs mittheilte, daß der Verfassung gemäß das Staatsoberhaupt Bittschriften von Autoritäten, nicht aber von bloßen Körperschaften entgegenzunehmen könne, worauf dann die Abgesandten erklärten, sie wollten in ihrem eigenen Namen auftreten. Oberst Lahure machte nach weiterer Unterredung die Besucher darauf aufmerksam, daß der König soeben überwogen von Lasten angekommen und bereit sei, sie zu empfangen. Hierauf fand der Empfang statt. Nachdem der König sich über die persönlichen Arbeiterverhältnisse der drei erkundigt, kam die Rede bald auf die Arbeiterwohnungen, eine Frage, welcher der hohe Herr schon seit Jahren seine dauernde Aufmerksamkeit gewidmet hatte. Die drei machten die Uebelstände geltend, welche im Innern der Stadt Brüssel bezüglich der Arbeiterwohnungen herrschen. Auf die Frage, ob der König seinen Einfluß zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts einsetzen würde, antwortete er: „Ich bin den Arbeitern sehr geneigt, bin jedoch kein Dictator und werde die Nation entscheiden lassen." „Das eben wünschen wir, Majestät, aber die Arbeiter gehören auch zur Nation." „Ihr habt unrecht, euch als Mitglieder einer besonderen Kaste zu betrachten, wir alle sind Belgier und alle Arbeiter, jeder auf einer andern Stufe." „Nicht wir, Majestät, haben uns in eine besondere Kaste versetzt, wir sind darin, weil man uns unsere Wahlrechte genommen. Wir hier genießen das Vertrauen der Arbeiter und haben ihre Interessen in der Gewerbe- und Arbeitskammer zu vertreten, dürfen sogar aus derselben heraus den Kammern und der Regierung Rathschläge bezüglich der Arbeitsgesetzgebung ertheilen." „Und für sie dazu auch vollkommen berechtigt", unterbrach der König. „Nun aber sind wir nicht einmal zur Wahl der Gesetzgeber berechtigt, wir, die wir eine so wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Das allein genügt, um das Censussystem zu beurtheilen und zu verurtheilen." „Fragen dieser Art kann ich nicht erörtern, die Verfassung untersagt es mir; sind versichert, daß ich alle Belgier glücklich sehen möchte, den wir dürfen es jedoch nicht ab. Ich weiß, daß es schwer ist, das zu erreichen, aber mit dem guten Willen Aller wird es vielleicht möglich sein. Ich habe meine Versprechungen stets gehalten und kann euch augenblicklich weiter nichts versprechen, ohne aus meiner verfassungsmäßigen Rolle als Staatsoberhaupt zu treten." „Nun, vor der Entscheidung in der Kammer möchten Ew. Majestät noch als Vermittler zwischen den Parteien auftreten, um vom Lande Unglück abzuwehren." „Wenn Vermittlung wirksam sein soll, so müssen die Parteien dieselbe auch gelten lassen." „Ein Wort von Ihnen, Sire, hat viel Gewicht vor der Abstimmung. Und nach derselben kann Ew. Majestät durch eine Auflösung der Kammern und einen Aufruf an das Land eingreifen." Soweit der Bericht. Beim Abschied nach der übrigens ganz gelassenen und von Seiten der Arbeiter sehr höflich geführten Unterredung bot der König den dreien die Hand mit den Worten: „Warum reichen wir uns denn beim Abschiede nicht ehrlich die Hand?" Es scheint noch in den Absichten der Arbeiter zu liegen, einen Empfang der sämmtlichen Vertreter ihres Standes in der hiesigen Gewerbe- und Arbeitskammer durch den König nachzusuchen; die Form wird sich wohl schon finden und eine Aussprache wie die vom Sonntag kann nichts schaden.

* Dem „Temps" wird aus Rom gemeldet, Bischof Freppel sei nach Rom auf eine Zeitungsmeldung hin gekommen, daß der Papst beabsichtige, eine Encyklika an die französischen Katholiken zu erlassen, welche den Brief des Cardinals Rampolla an den Bischof von St. Fleur betreffs der republikanischen Kundgebung des Cardinals Lavigerie bekräftigen sollte. Bischof Freppel habe jedoch in Rom zu seinem Erstaunen erfahren, daß daselbst niemals an eine solche Encyklika gedacht worden sei. In seiner Abschiedsaudienz habe der Bischof die Frage des Anschlusses der Katholiken an die Republik berührt. Der Papst hätte darauf erklärt, er habe gethan, was er habe thun müssen, und glaube sich gegenwärtig weiterer Schritte enthalten und den französischen Katholiken Zeit zur Ueberlegung lassen zu sollen.

* Die **englische Unterhausopposition**, deren Actionsfähigkeit seit dem Ausbruche des Parnellzwistes auf ein Minimum herabgesunken ist, sieht gleichwohl ein, daß irgend etwas geschehen muß, um ihrem verbleichenden Prestige einen auffrischenden Anstrich zu verleihen. Der Radicale Morley unternahm deshalb den Versuch, der irischen Politik des Cabinets eins anzuhängen, indem er den Erlaß eines Tadelvotums gegen die Regierung wegen des Vorgehens der irischen Executivgewalt beantragte. Er glaubte wohl selbst kaum an einen ernstlichen Erfolg seines Manövers, das nach Lage der Dinge mehr darauf berechnet sein mochte, den Regierungsgegnern als point de ralliement zu dienen. Unter diesem Gesichtspuncte hat es denn auch seinen Zweck erfüllt; was an ministerfeindlichen und anticonservativen Elementen im Unterhause vorhanden ist, fand sich bei der Abstimmung über den Antrag Morley zusammen. Wenn die Befürworter des Tadelvotums dennoch um 70 Stimmen hinter der für Verwerfung des Tadelvotums eintretenden Parlamentsmehrheit zurückblieben, so erhellt daraus, wie aussichtslos die oppositionellen Unternehmungen im gegenwärtigen Augenblicke sind. Denn auf jedem anderen Terrain als auf dem der irischen Angelegenheiten würde die Opposition noch viel schlimmer daran sein; das Schicksal des Morley'schen Vorstoßes liefert mithin den vollgiltigen Beweis für die Hilf- und Rathlosigkeit der Regierungsfeinde gegenüber dem durch den Bürgerkrieg im Homerule-Lager noch enger und fester geknüpften Bunde der Tories mit den liberalen Unionisten. Letztere setzten mit großem Geschick eine Parallel-Action ins Werk, durch Einbringung eines Unterantrages zu dem Antrage Morley, des Inhalts, das irische Vorgehen der Regierung für ein zur gebieterischen Nothwendigkeit gewordenes zu erklären. Von Interesse ist die Begründung dieses Unterantrages dadurch, daß die illegale Verschwörung gegen die bürgerlichen Rechte eines großen Theiles der irischen Bevölkerung das Vorgehen der Regierung rechtfertige. Wenn in diesem Falle der Regierung die erfolgreiche Geltendmachung des Gesetzes zum Verdienste angerechnet wird, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch aus anderen Anlässen und gegenüber anderen Bestrebungen mindestens ebenso bedenklicher Art dieselbe Praxis Anwendung finden sollte. An Bestrebungen, einen großen Theil des Volkes um seine bürgerlichen Rechte zu betrügen, fehlt es auch sonst nicht, das wird durch die Umtriebe der neuen Trade-Unions mehr als überflüssig ausreichend bekundet. Die Autorität des Gesetzes erscheint von der social-revolutionären Bewegung schwer bedroht. Sie mit neuen und verstärkten Bürgschaften zu umgeben, wird auf die Dauer sich nicht vermeiden lassen. England steht schon jetzt im Zeichen des socialen Bürgerkrieges, der darum nicht minder erbittert geführt wird, weil die Streiter sich einstweilen keiner Waffen, wenigstens keiner körperlichen, bedienen. Und man darf billig zweifeln, ob für Irland die Homerule-Bewegung oder für England der Terrorismus der Trade-Unions die größere Gefahr darstellt.